Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Behebung der vom Hochwasser 2013 verursachten Schäden an der ländlichen Infrastruktur im Außenbereich von Gemeinden (RL HWLI)

RdErl. d. ML vom 03.04.2014 -306-60129-37

Nds. MBl. 2014 Nr. 18, S. 381

- VORIS 78350 -

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1.1 Das Land gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und der VV zu § 44 LHO Zuwendungen für die Beseitigung von Hochwasserschäden an der ländlichen Infrastruktur im Außenbereich von Gemeinden im Rahmen der zwischen dem Bund und den Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung „Aufbauhilfe“.

1.2 Zuwendungszweck ist der nachhaltige Wiederaufbau und die Wiederbeschaffung von baulichen Anlagen, Gebäuden und öffentlicher Infrastruktur in Niedersachsen, die durch das Hochwasser beschädigt oder zerstört wurden.

1.3 Ein Rechtsanspruch der Antragstellerin oder des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Gefördert werden Maßnahmen zur Beseitigung von hochwasserbedingten Schäden im Einzugsgebiet des Flussgebiets der Elbe einschließlich ihrer Nebenflüsse, die im Zeitraum vom 18.5. bis zum 4.7.2013 entstanden sind. Darüber hinaus werden Schäden in den niedersächsischen Gebieten ersetzt, in denen Soforthilfen nach § 2 Abs. 2 Satz 2 des Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes (AufbhG) vom 15.7.2013 (BGBl. I S. 2401) geleistet wurden.

Unter hochwasserbedingte Schäden fallen Schäden durch Hochwasser sowie Schäden durch wild abfließendes Wasser, Sturzflut, aufsteigendes Grundwasser, überlaufende Regenwasser- und Mischkanalisation und die Folgen von Hangrutsch, soweit sie jeweils unmittelbar durch das Hochwasser verursacht sind. Berücksichtigt werden auch unmittelbare Schäden durch Einsatzkräfte und Einsatzfahrzeuge.

Nicht berücksichtigt werden Schäden, die wegen des Verstoßes gegen Vorschriften zum Schutz vor Hochwassergefahren in festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten eingetreten sind.

2.2 Zuwendungsfähig sind Maßnahmen im Außenbereich von Gemeinden (außerhalb von Ortslagen)

2.2.1 zur Wiederherstellung von baulichen Anlagen, Gebäuden und öffentlicher Infrastruktur,

2.2.2 zur Herstellung von baulichen Anlagen, betrieblichen Einrichtungen oder Infrastruktureinrichtungen, die im Hinblick auf ihre Art, ihre Lage oder ihren Umfang von der vom Hochwasser zerstörten oder beschädigten baulichen Anlage oder Infrastruktureinrichtung abweichen, wenn sie

- der Wiederherstellung der Funktion einer solchen Anlage oder Einrichtung dienen sowie
- zur Erfüllung der Anforderungen des vorsorgenden Hochwasserschutzes und zur Vermeidung möglicher künftiger Schäden besser geeignet sind als die zerstörten Anlagen oder Einrichtungen.

2.3 Zuwendungsfähig sind im Einzelnen folgende Maßnahmen:

2.3.1 Wiederherstellung der Verkehrsverhältnisse von ländlichen Wegen einschließlich der zugehörigen Vorarbeiten. Hierzu gehört die Wiederherstellung von nicht öffentlich gewidmeten

- Verbindungswegen zu den Gehöften oder zum öffentlichen Straßenwegenetz,
- anderen außerörtlichen Wegen, z.B. zu den land- und forstwirtschaftlichen Flächen führenden Wegen, Verbindungswegen, Feldwegen und sonstigen Wegen einschließlich zugehöriger Brückenbauten und Nebenanlagen.

Gefördert werden auch im Zusammenhang mit den Wegemaßnahmen stehende erosionsvermindernde Maßnahmen und die Wiederherstellung von Begleitmaßnahmen des Natur-, Wasser und Landschaftsschutzes.

2.3.2 Sicherung und Wiederherstellung sonstiger ländlicher Infrastruktur, soweit sie nicht unternehmerischen Bereichen zuzuordnen ist.

2.4 Nicht zuwendungsfähig sind

- Maßnahmen in Ferienhausgebieten,
- Maßnahmen an und in Schwimm- und Freibädern einschließlich ihrer Nebenanlagen.

3. Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger sind

- a) natürliche und juristische Personen des privaten Rechts, Personengesellschaften,
- b) juristische Personen des öffentlichen Rechts.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Für die Gewährung von Zuwendungen nach dieser Richtlinie gilt eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns. Frühester Maßnahmebeginn ist der Zeitpunkt, zu dem die Hochwasserschäden eingetreten sind, jedoch nicht vor dem 18.5.2013.

4.2 Bei den Maßnahmen nach Nummer 2 ist den Erfordernissen des Hochwasserschutzes und der gesamten wasserwirtschaftlichen Planung in besonderem Maß Rechnung zu tragen. Dabei sind die Anforderungen des vorbeugenden Hochwasserschutzes zu berücksichtigen und vorhandene Hochwasserschutzkonzepte auch aufgrund der Erfahrungen der zurückliegenden Hochwasserkatastrophen zu überprüfen und ggf. anzupassen.

4.3 Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat die Angaben zum Schaden durch die Vorlage von Nachweisen und Versicherung der Richtigkeit zu erbringen.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss im Rahmen der Projektförderung

- für Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger nach Nummer 3 Buchst. a als Anteilsfinanzierung bis zur Höhe von 80 % der Ausgaben gewährt, in begründeten und nachgewiesenen Härtefällen bis zu 100 % (Vollfinanzierung),
- für Zuwendungsempfänger nach Nummer 3 Buchst. b zu 100 % der förderfähigen Ausgaben (Vollfinanzierung) gewährt.

5.2 Die Höhe der Zuwendung bemisst sich nach den notwendigen Aufwendungen für die Wiederherstellung oder Ersatzbeschaffung zur Beseitigung des entstandenen Schadens unter Einhaltung der baurechtlichen und technischen Normen.

5.3 Förderfähig sind auch die Ausgaben für Gutachten zur Feststellung des entstandenen Schadens in angemessener Höhe.

5.4 Nicht förderfähig sind:

- abziehbare Vorsteuern i. S. von § 15 Abs. 1 UStG sowie
- Wertminderungen am Privat- oder Betriebsvermögen sowie Verdienstaussfall, entgangener Gewinn und andere mittelbare Schäden.

5.5 Eine früher gewährte Förderung desselben Vorhabens aus öffentlichen Mitteln schließt eine Förderung von Maßnahmen im Rahmen dieser Richtlinie nicht aus. Wurden bereits geförderte Vorhaben vor Fertigstellung des Vorhabens oder innerhalb der Zweckbindungsfrist ganz oder teilweise zerstört, soll bei der Ausübung des Ermessens auf den Widerruf des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der Zuwendung verzichtet werden, soweit nicht ein Anspruch der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers auf Kompensationsleistungen gegenüber einem Dritten besteht. Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger hat gegenüber der Bewilligungsstelle die bereits geförderten Vorhaben, die vor Fertigstellung des Vorhabens oder innerhalb der Zweckbindungsfrist ganz oder teilweise zerstört wurden, mitzuteilen.

5.6 Die Kumulierung von Mitteln aus der Verwaltungsvereinbarung „Aufbauhilfe“ mit Mitteln aus anderen Förderprogrammen ist zulässig. Eine mehrfache Geltendmachung desselben Schadens in verschiedenen Programmen, die mit Mitteln des AufbHG finanziert werden, sowie eine Überkompensation sind unzulässig. Gegebenenfalls ist eine entsprechende Kürzung der Zuwendung vorzunehmen. Die Rückforderung für den Fall einer Überkompensation wird vorbehalten.

Für denselben Schaden gewährte Soforthilfen sind anzurechnen.

Der Kumulierungsausschluss nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen bleibt unberührt.

5.7 Spenden und Leistungen Dritter, insbesondere Versicherungszahlungen und sonstige Ausgleichszahlungen, werden - auch bei nachträglichem Zutritt - auf die Eigenmittel der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers angerechnet, soweit sich andernfalls eine Regulierung der Schäden von mehr als 100 % ergeben würde.

5.8 Die Höhe der Zuwendung muss mindestens 2 500 EUR, bei Gebietskörperschaften mindestens 5 000 EUR betragen.

6. Anweisungen zum Verfahren

6.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV/VV-Gk zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Richtlinie abweichende Regelungen getroffen sind.

6.2 Bewilligungsbehörde ist bis zum 30.6.2014 das LGLN. Mit dem 1.7.2014 geht die Zuständigkeit auf die Ämter für regionale Landesentwicklung über.

6.3 Die Antragsvordrucke können bei der örtlich zuständigen Bewilligungsbehörde angefordert und im Internet unter www.aufbauhilfe.niedersachsen.de heruntergeladen werden.

6.4 Anträge sind bis spätestens 30.6.2015 bei der örtlich zuständigen Bewilligungsbehörde einzureichen.

Die Auszahlung der Fördermittel soll bis spätestens drei Jahre nach Schadensereignis abgeschlossen sein.

6.5 Nachträgliche Überprüfungen und Anforderungen von Nachweisen sollten insbesondere bei Schäden von großem Umfang erfolgen.

6.6 Bei der Behebung der hochwasserbedingten Schäden ist von einer besonderen Eilbedürftigkeit i. S. der in Nummer 3 ANBest-P aufgeführten Vergabevorschriften auszugehen. Unabhängig von der Höhe des Auftragswertes ist eine freihändige Vergabe zulässig. Hierbei sind grundsätzlich drei Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern. Für bereits vor Inkrafttreten dieser Richtlinie beauftragte Leistungen sind keine vergaberechtlichen Vorschriften zu beachten.

7. Schlussbestimmungen

Dieser RdErl. tritt am 30.4.2014 in Kraft und mit Ablauf des 31.12.2015 außer Kraft.

An
das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen
die Landkreise, Region Hannover und Gemeinden
die Landwirtschaftskammer
die Teilnehmergeinschaften und deren Verbände